

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbr d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zum politischen Konflikt in Moskau: Der Westen kann die Probleme Rußlands von außen nicht lösen.

Seite 1

Siegrun Klemmer MdB zu Hilfen für osteuropäische Energiewirtschaft: Gefahr unsicherer Atomkraftwerke in Osteuropa nicht unterschätzen.

Seite 3

Günther Heyenn MdB zum Versuch hessischer Metallarbeitgeber, Tarifverträge zu unterlaufen: Tarifautonomie verteidigen - Gegenwehr organisieren!

Seite 4

Dokumentation

Rede des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine im Bundesrat zum Solidarpakt. Rede im Wortlaut.

Seite 4

48. Jahrgang / 59

26. März 1993

Der Westen kann die Probleme Rußlands von außen nicht lösen

Für Demokratie, nicht für Personen Partei ergreifen

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Rußland hat sich mit der Unterzeichnung der Pariser KSZE-Charta zur pluralistischen Demokratie, zur Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Minderheiten und zur Einführung einer Marktwirtschaft verpflichtet. An diese Verpflichtungen können und sollten wir alle russischen Politiker erinnern. Die Einhaltung dieser Verpflichtungen ist ein legitimer Maßstab für den Umfang unserer Zusammenarbeit und Hilfe. Es ist ein schwerer außenpolitischer Fehler, wenn die Bundesregierung, statt alle Politiker an diese in Europa politisch verbindlichen Maßstäbe zu erinnern, einseitig Partei zugunsten eines Politikers, nämlich Jelzins, ergreift.

Im politischen Konflikt in Moskau geht es - zumindest bislang - nicht vorrangig um einen Kampf zwischen Diktatur und Demokratie, auch nicht um eine eindeutige Alternative Reform oder Restauration der alten Verhältnisse. Es geht um die Regeln des politischen Entscheidungsprozesses, um das Zusammenwirken von Legislative und Exekutive, um die Kompetenzen und die Machtausstattung des Präsidenten, der Regierung und der parlamentarischen Organe.

Jelzin wurde 1990 von den Mitgliedern des Obersten Sowjet zum Parlamentspräsidenten gewählt. Er hat damals deren Legitimation nicht bestritten. 1991 kandidierte er für das Amt des Staatspräsidenten und wurde gemeinsam mit seinem Vizepräsidenten Ruzkoj von der russischen Bevölkerung mit großer Mehrheit gewählt. Er leistete seinen Eid auf eine Verfassung, die noch zu Breschnews Zeiten beschlossen und seitdem mehrfach geändert worden war. Diese Verfassung enthält eine Reihe widersprüchlicher und problematischer Bestimmungen - auch zur Frage der Zuständigkeiten der Machtorgane.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemalpaier-Umgebung
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Der politische Konflikt in Rußland dreht sich um den Versuch von Parlament und Exekutive, den jeweils eigenen Entscheidungsspielraum auf Kosten der anderen Verfassungsorgane zu erweitern. Jelzin möchte seinem Amt und der Exekutive mehr Befugnisse verschaffen, und er möchte den "Kongreß der Volksdeputierten" abschaffen. Dieser Kongreß der Volksdeputierten ist eine Institution mit mehr als 1.000 Mitgliedern, aus deren Mitte heraus die Abgeordneten des Obersten Sowjet - des sogenannten Arbeitsparlaments der Russischen Föderation - gewählt werden. Jelzin hält ein solches Gremium, das - abgesehen von Sondersitzungen - nur einmal im Jahr regelmäßig tagt, für überflüssig und möchte die parlamentarische Vertretung der russischen Wähler auf ein einziges Parlament mit deutlich verringerten exekutiven Zuständigkeiten beschränken. Um dies durchzusetzen, braucht er eine neue Verfassung.

Seit vielen Monaten wurde in Rußland darüber gestritten, ob das Parlament in seiner heutigen Form und mit seinen derzeitigen Mitgliedern eine neue Verfassung beschließen sollte oder ob diese Aufgabe erst einem neu gewählten Parlament, das über eine breitere demokratische Legitimation verfügt, übertragen werden sollte. Es wurde gestritten, aber nicht entschieden. Jelzins jüngster Schritt, diese Frage durch ein Referendum entscheiden zu lassen, ist auf Widerstand gestoßen. Das konnte nach den früheren Einigungsbemühungen nicht überraschen.

Jelzin appelliert nun an den Westen, ihn in seiner Position zu stärken, aber über den zukünftigen Aufbau der staatlichen Machtorgane und über die Verfassung kann nur Rußland selbst entscheiden. Es wäre ein schwerer außenpolitischer Fehler, wenn der Westen statt für demokratische, rechtsstaatliche und gewaltfreie Prinzipien bewußt nur für eine Person Partei ergreift. Mehr noch: Es wäre für das Verhältnis Rußlands zum westlichen Ausland schädlich, wenn ausländische Regierungen in dieser Weise Verantwortung für innerrussische Entscheidungen übernehmen wollten. Schon heute sind Tendenzen erkennbar, den Internationalen Währungsfonds oder die EG im Zusammenhang mit ihren Hilfsprogrammen für das Scheitern von Wirtschaftsreformen oder für den Niedergang der industriellen Produktion verantwortlich zu machen.

Eines ist klar: der Westen kann die Probleme Rußlands von außen nicht lösen - das muß das russische Volk selbst tun. Der Westen kann dabei unterstützend tätig werden, Beratung anbieten, die Rückzahlung von Schulden stunden, gemeinsame Projekte vorschlagen; die Verantwortung für die Entscheidung und den Erfolg kann er den Repräsentanten des russischen Volkes nicht abnehmen.

Jelzin gilt im Westen als Garant für Demokratisierung und der Wirtschaftsreformen im Lande. In der augenblicklichen zugespitzten Situation bleibt unklar, welchen Demokratisierungsschritt und welche Wirtschaftsreformen Jelzin durch die Einführung einer befristeten Präsidentschaft verwirklichen will und welchen demokratischen Fortschritt andererseits das Parlament zu verhindern sucht. Der Kongreß der Volksdeputierten wird vielfach pauschal als eine reformfeindliche Institution dargestellt. In Wirklichkeit hat das russische Parlament dem Präsidenten bis zum Dezember 1992 alle Vollmachten gegeben, eine radikale Wirtschaftsreform in Rußland zu verwirklichen. Ein Vorwurf gegen Jelzin, der von reformfreundlichen Abgeordneten des Volkskongresses erhoben wird, lautet, daß er diese ihm vom Parlament zugestandenen Rechte nicht genutzt hat, um die Reformen wirklich voranzubringen. Im Parlament wird kritisiert, er habe sich mit den falschen Leuten umgeben, die die Bedürfnisse der Menschen und die Notwendigkeiten beim Weg Rußlands in die Marktwirtschaft nicht ausreichend beachtet hätten. Jelzin seinerseits fühlt sich durch die Machtkämpfe, die Postenjäger und die Inkompetenz vieler Deputierter in seiner Reformpolitik behindert.

Unser Interesse ist, daß Rußland

- auf dem Weg zur Demokratie weiter voranschreitet,
- seine Menschenrechtspolitik und die Politik gegenüber nationalen Minderheiten an den Grundsätzen der Charta von Paris ausrichtet,
- seine Wirtschaft an marktwirtschaftliche Strukturen heranzuführt und seine Verpflichtungen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl bei nuklearen wie auch bei chemischen und konventionellen Waffen einhält.

Wenn es Jelzin und die anderen Repräsentanten der russischen Demokratie wünschen und wenn wir dazu materiell in der Lage sind, dann werden wir auch weiterhin politische und technische Unterstützung für die Festigung demokratischer Institutionen, die Einführung rechtsstaatlicher Grundlagen und die Förderung der Marktwirtschaft anbieten. Die Entscheidung darüber, welche Angebote im russischen Interesse liegen, sollte der Westen dem stolzen und selbstbewußten russischen Volk nicht abzunehmen versuchen.

(-/26. März 1993/ks/ks)

Gefahr unsicherer Atomkraftwerke in Osteuropa nicht unterschätzen
Ein Teil der Rußland-Hilfe muß für die Umwandlung der Energiewirtschaft verwendet werden

Von Siegrun Klemmer MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Es wäre begrüßenswert, wenn sich die G 7-Staaten und die EG zu umfangreichen Finanzhilfen an Rußland entschließen könnten. Leider verlautete in den bisherigen Ankündigungen nichts darüber, ob ein Teil der Hilfe zur Umwandlung der maroden Energiewirtschaft Rußlands verwendet werden soll. Es wäre ein Fehler, die in Form unsicherer Atomkraftwerke tickenden Zeitbomben und ihre Rolle für die politische Stabilität der osteuropäischen Staaten zu unterschätzen.

Ein zweites Tschernobyl wäre Sprengstoff für die auf schwankendem Boden stehenden Demokratisierungsprozesse. Hochtechnologie, die für derart gefährliche Zwecke mißbraucht werden kann, ist für undemokratische oder instabile Regime besonders ungeeignet, zumal schon in den bisher darüber verfügenden Industriestaaten genug Unfug damit getrieben wird. erst in diesem Monat haben Rußland und die Ukraine gegeneinander mobil gemacht, und auch, wenn dieser Zustand inzwischen glücklicherweise aufgehoben wurde, führt dies noch einmal in aller Deutlichkeit vor Augen, welche Gefahr auch von der zivilen Nutzung der Atomenergie in Osteuropa ausgeht.

Statt mit Gerede von einer Nachrüstung der Atomkraftwerke Osteuropas das Gefahrenbewußtsein zu unterhöheln, sollte endlich die Struktur von Energieproduktion und -verbrauch wirksam verändert werden. Nur so läßt sich die ganz Europa bedrohende Katastrophe eines zweiten Tschernobyl abwenden. Durch den Einsatz verhältnismäßig geringer Mittel kann zum Beispiel die ungeheure Verschwendung bei Rohstoffförderung und -Transport gesenkt werden. durch Lizenzverträge für den bau von Gas- und Dampfturbinenkraftwerken und den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung ließe sich, unter Verwendung von hauptsächlich im Land selbst erhältlicher Technik, die Atomkraft bereits mittelfristig ersetzen. Wenn nicht über ein sinnvolle Verwendung der hoffentlich bald fließenden Finanzhilfen nachgedacht wird, kann man das Geld gleich für die Folgekosten des nächsten Atomunfalls reservieren.

(-/26. März 1993/ks/fr)

Tarifautonomie verteidigen - Gegenwehr organisieren!

**Von Günther Heyenn MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung**

Die Tarifautonomie soll offensichtlich in einer konzertierten Aktion von Kapital und Kabinett weich geklopft und außer Kraft gesetzt werden.

Nach den Metallarbeitgebern in den neuen Bundesländern planen jetzt die Herren der hessischen Metallindustrie den offenen Bruch von rechtswirksam abgeschlossenen Tarifverträgen. Parallel dazu hat die amtierende Bundesregierung ihre Überlegungen zu gesetzlichen Tariföffnungsklauseln immer noch nicht beerdigt; ihr Vorhaben, die tarifvertraglichen Regelungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auszuhebeln, wird immer wieder ins Gespräch gebracht.

Ob Arbeitgeber oder Scharfmacher innerhalb der Koalition, alle müssen wissen: Die durch unser Grundgesetz garantierte und in mehr als 40 Jahren bewährte Tarifautonomie ist einer der tragenden Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Der soziale Frieden ist einer der wichtigsten Standortvorteile für unsere Wirtschaft. Ohne die eigenverantwortliche Regelung der Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften und Arbeitgeber im Rahmen der Tarifautonomie wäre dies undenkbar. Sozialdemokraten werden deshalb gemeinsam mit den Gewerkschaften Gegenwehr leisten.

(-/26. März 1993/ks/ks)

DOKUMENTATION

Oskar Lafontaine: Solidarpakt - Erfolg für ganz Deutschland

Rede des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine in der Sitzung des Bundesrates am 26. März 1993. Wir dokumentieren den Wortlaut der Rede.

Die Verhandlungen über den Solidarpakt waren mühsam und außergewöhnlich schwierig. Heute aber können wir feststellen: Die Mühe hat sich gelohnt.

Mit den Ergebnissen der Solidarpakt-Klausur der Länder und des Bundes haben wir bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands einen Durchbruch geschafft. Deshalb ist dieser Solidarpakt ein Erfolg für ganz Deutschland.

Das wichtigste Ergebnis ist, daß wir jetzt die deutsche Einheit auf eine dauerhafte finanzielle Grundlage gestellt haben. Die Versteigerung des Fonds "Deutsche Einheit" und die volle Einbeziehung der ostdeutschen Länder und Berlins in den bundesstaatlichen Finanzausgleich schafft für die neuen Länder und ihre Gemeinden eine verlässliche Finanzierungsbasis. Damit haben sie endlich die Planungssicherheit, die für den Aufbau Ost unerlässlich ist.

Bei der Beurteilung der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern muß berücksichtigt werden, daß bisher in der gesamten Finanzverteilung eine eklatante finanzielle Schieflage zu Lasten der Länder bestand. Hinzu kommt, daß die jetzt beschlossene Gegenfinanzierung vor allem dem Bund zufließt. Vor diesem Hintergrund bedeuten die jetzt getroffenen Vereinbarungen eine faire Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern.

Ich hatte meine Antrittsansprache als Bundesratspräsident im November letzten Jahres unter das Motto gestellt: "Die Selbständigkeit der Länder sichern". Nach der jetzt beschlossenen Neuordnung

des bundesstaatlichen Finanzausgleichs kann ich feststellen: Wir haben eine gute Grundlage für die dauerhafte Lebensfähigkeit und Selbständigkeit der Länder geschaffen.

Als Ministerpräsident des Saarlandes will ich eines hinzufügen: Die beiden Länder Bremen und Saarland mußten sich ihren Rechtsanspruch auf Teilentschuldung vor dem Bundesverfassungsgericht erstreiten. Daß aber unsere schwierigen Verhandlungen mit dem Bund zur Umsetzung dieses Rechtsanspruchs erfolgreich abgeschlossen werden konnten, ist nicht zuletzt auch der Solidarität zu verdanken, die die Länder gegenüber Bremen und Saarland bewiesen haben. Für diese Ländersolidarität danke ich.

Die saarländische Landesregierung wird ihren 1985 eingeleiteten Konsolidierungskurs konsequent fortsetzen. Wir werden die neuen Handlungsmöglichkeiten, die durch die Teilentschuldung entstehen, nutzen, um die Umstrukturierung der Saarwirtschaft energisch voranzutreiben. Mit der Sanierung unseres Landeshaushaltes und der Stärkung der Wirtschaftskraft wird das Saarland in der Lage sein, seine Lebensfähigkeit aus eigener Kraft dauerhaft zu sichern.

Mit dem Solidarpakt haben wir wichtige Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder geschaffen:

1. Die mittelfristig wettbewerbsfähigen industriellen Kerne sollen so schnell wie möglich saniert werden.
2. Die ökologischen Altlasten sollen abgetragen werden.
3. Mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm soll eine leistungsfähige und ökologisch ausgerichtete Infrastruktur aufgebaut werden. Dazu wird über einen Zeitraum von 15 Jahren ein Finanzvolumen von insgesamt rund 100 Milliarden DM bereitgestellt.
4. Zur Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte sollen geeignete Instrumente eingesetzt werden.
5. Mit einem umfassenden Wohnungsbau- und -sanierungsprogramm soll die Wohnungsnot in den neuen Ländern bekämpft werden. Durch die vereinbarte Lösung der Altschulden-Frage wird die Investitionskraft der ostdeutschen Wohnungsunternehmen entscheidend verbessert.
6. Um einen katastrophalen Einbruch bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verhindern, sollen die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik verstärkt werden.

Durch den Solidarpakt ist für die Menschen in den neuen Ländern eine neue Zukunftsperspektive eröffnet worden. Nach meiner Bewertung ist dies der entscheidende Erfolg der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern.

Jeder, der die Verhandlungen verfolgt hat, weiß: Dieser Erfolg ist vor allem der Solidarität und Geschlossenheit der Länder zu verdanken. Mit der gemeinsamen Verhandlungslinie, die die Ministerpräsidenten der 16 Länder in Potsdam vereinbart haben, haben wir deutlich gemacht: Die innere Einheit Deutschlands ist nur durch solidarische Zusammenarbeit von alten und neuen Ländern zu erreichen.

Dieser kooperative Geist von Potsdam hat sich in der dreitägigen Klausurtagung von Bund und Ländern bewährt. Durch die Solidarität aller Länder wurde eine Spaltung zwischen West und Ost, zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern verhindert. Ich füge auch als Bundesratspräsident hinzu: Mit diesem Solidarpakt hat der Föderalismus eine historische Bewährungsprobe bestanden und seine Lebensfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die Länder haben deutlich gemacht, daß sie im Interesse des Gesamtstaates in der Lage sind, über die Parteigrenzen hinweg eine bundespolitische Gestaltungsfunktion zu erfüllen. Mit diesem Beweis politischer Handlungsfähigkeit haben die Länder auch ein Zeichen gesetzt gegen die grassierende Politikverdrossenheit.

Mit dem Solidarpakt haben wir entscheidende Weichenstellungen für den Aufbau der ostdeutschen Länder vorgenommen. Aber auch die Menschen in den alten Bundesländern haben einen Anspruch

darauf, daß die Politik ihre Sorgen ernst nimmt. Der Begriff der Solidarität muß auch für die Menschen in Westdeutschland mit Leben erfüllt werden. Nach der Kraftanstrengung für den Aufbau Ost müssen wir jetzt die anderen drängenden Aufgaben in Angriff nehmen:

Wir müssen die Rezession und die Massenarbeitslosigkeit in ganz Deutschland bekämpfen. In unserem Land sind 5,5 Millionen Menschen ohne vollwertigen Arbeitsplatz. Diese dramatische Zahl zeigt, daß der Bund auch nach der vereinbarten Aufstockung der ABM-Mittel keineswegs aus seiner politischen Verantwortung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik entlassen ist.

Ich möchte von dieser Stelle aus meine Solidarität mit den Stahlarbeitern bekunden, die heute zu einer Großdemonstration nach Bonn gekommen sind. Die von der Stahlkrise betroffenen Regionen und ihre Menschen dürfen nicht allein gelassen werden. Wir brauchen eine wirksame Stahlpolitik, die den Montanstandort Deutschland sichert. Die Bundesregierung muß dafür sorgen, daß die deutsche Stahlindustrie und ihre Belegschaften die Chance bekommt, in einem fairen Wettbewerb ihre internationale Leistungsschwierigkeit unter Beweis zu stellen.

Wir müssen den Wirtschaftsstandort Gesamt-Deutschland stärken. Eine leistungsfähige Wirtschaft ist und bleibt die Grundlage des Wohlstandes in unserem Land. Dazu gehört eine aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform für mehr Investitionen und mehr Beschäftigung. Dazu gehört aber auch die Modernisierung unseres Staates. Die öffentlichen Verwaltungen müssen effizienter werden. Überregulierung, überflüssige Zentralisierung und bürokratische Erstarrung müssen abgebaut werden. Für die Sicherung des entscheidenden Standortfaktors unseres Landes, nämlich des Humankapitals, führt auch an einer Reform des Bildungswesens kein Weg vorbei.

Wir müssen die jetzt für Ostdeutschland beschlossenen wohnungspolitischen Maßnahmen zu einem gesamtdeutschen Wohnungsbauprogramm ausbauen. Dazu gehört vor allem auch die Verstärkung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Wir brauchen die Einführung einer solidarischen Pflegeversicherung. Angesichts der demographischen Entwicklung ist eine Pflegeversicherung ein Gebot der praktischen Solidarität zwischen den Generationen.

Wir brauchen die ökologische Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die ist und bleibt eine Überlebensfrage. Die ökologische Modernisierung ist aber auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Mit einer ökologischen Steuerreform muß der Staat die Rahmenbedingungen dafür setzen, daß die Kräfte des Marktes in den Dienst des Umweltschutzes gestellt werden.

Ganz entscheidend für die ökonomische und monetäre Stabilität unseres Landes ist die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Hier sind alle staatlichen Ebenen gefordert. An Einsparungen und Subventionsabbau führt kein Weg vorbei. Die A-Länder haben in den Solidarpaktverhandlungen konkrete Vorschläge für den Abbau von steuerlichen Subventionen in der Größenordnung von jährlich zehn Milliarden DM vorgelegt. Der Bund sollte diese Vorschläge vorurteilsfrei prüfen.

Wir müssen auch endlich dafür sorgen, daß die soziale Schieflage bei der Finanzierung der Einheit beseitigt wird. Bei den Solidarpaktverhandlungen ist es uns zwar gelungen, die Kürzung sozialer Regelleistungen zu verhindern. Dies beseitigt aber nicht die bereits bestehende "Gerechtigkeitslücke". Deshalb bleibt unsere Forderung nach einer sozial gerechten Lastenverteilung nach wie vor aktuell.

Im Interesse der sozialen Stabilität unseres Landes darf der Begriff der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität nicht unmittelbar nach Abschluß der Solidarpaktverhandlungen schon wieder ad acta gelegt werden. Solidarität gehört auch künftig ganz nach oben auf die Tagesordnung deutscher Politik. Die Länder haben bewiesen, daß sie zur Solidarität fähig sind. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel Schule macht.

(-/26. März 1993/ks/ks)
